

# AUWÄLDCHEN BLEIBT ERHALTEN

## WIRTSCHAFTSBETRIEB ARBEITET PLAN ZUR DEPONIEERWEITERUNG UM

Ludwigshafen ist auf einem guten Weg, auch künftig mineralische Abfälle mit geringer Schadstoffbelastung, also Bodenaushub und teerhaltigen Straßenaufbruch, auf stadteigenem Areal zu entsorgen. Mit der Genehmigung, hierzu die Deponie in Rheingönheim zu erweitern, rechnet die Stadt noch im Jahr 2020. Der WBL freut sich, dass gemeinsam mit engagierten Bürger\*innen ein Weg gefunden werden konnte, das zunächst als Ablagerungsfläche eingeplante Auwäldchen zu erhalten.

Dem voraussichtlichen Baustart im Jahr 2021 geht eine mehrjährige Planungs- und Beteiligungsphase voraus. Nachdem sich die Kapazitätsgrenze der bestehenden Deponie am Hohen Weg anbahnte, bekam der Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen (WBL) im Oktober 2012 vom Werkausschuss den Auftrag, diese nach Norden bis zur Rotschlammhalde zu erweitern und hierfür die erforderlichen Beschlüsse und Genehmigungen einzuholen. Ziel war es, lange kostspielige Transportwege zu weit entfernten Anlagen zu vermeiden und die Entsorgungsunabhängigkeit der Stadt Ludwigshafen für mindestens 20 weitere Jahre zu gewährleisten. Berechnungen ergaben, dass bei einem Nutzungsvolumen von 2,15 Millionen Kubikmetern eine Fläche von 14,9 Hektar benötigt wird. Bei der bislang geforderten maximalen Endhöhe der Deponieerweiterung von 124 Meter über Normalnull, ergibt sich als Mindestgrundfläche der Bereich zwischen der aktuellen Deponie und dem Brückweggraben einschließlich des östlich anschließenden Auwäldchens. Bereits zu Beginn der Planung wurde die Öffentlichkeit im April 2016 über das Projekt unter anderem in einem Bürgerforum und auf der Online-Plattform [www.wbl-dialog.de](http://www.wbl-dialog.de) umfassend informiert

und beteiligt. Bei der von der EU geforderten Überprüfung der Umweltverträglichkeit (scoping) wurden die geplanten Maßnahmen im November 2016 den zu beteiligenden Behörden, den Trägern öffentlicher Belange und den Naturschutzverbänden vorgestellt und erörtert. Entsprechend der definierten Randbedingungen wurde die Deponieerweiterung dann geplant und am 15. Mai 2019 bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD Süd) eingereicht. Im laufenden Planfeststellungsverfahren wurden die Planunterlagen vom 16. September bis 15. Oktober 2019 öffentlich ausgelegt. Parallel dazu haben sich Bürger\*innen und Naturschützer\*innen dafür eingesetzt, das Auwäldchen zu erhalten. Der Werkausschuss hat daraufhin in seiner Sitzung am 18. Oktober 2019 beschlossen, dass die bisher geplante maximale Höhe der Deponieerweiterung geändert und auf 134 Meter über Normalnull neu festgelegt wird. Unter dieser Voraussetzung wird eine Deponiekapazität von mindestens zwei Millionen Kubikmeter weiterhin erreicht. Das Auwäldchen bleibt mit dieser Variante erhalten.

„Wir haben die Hinweise auf die Bedeutung des Auwäldchens ernst genommen und Alternativen erarbeitet. Somit konnte den Bedenken der Öffentlichkeit Rechnung getragen werden“, freut sich Peter Nebel, Leiter des Wirtschaftsbetriebes Ludwigshafen, und erläutert das weitere Verfahren: „Für die anzupassende Planung werden derzeit, unter anderem Staub-, Klima- und Lärmgutachten erneut geprüft. Die restlichen Unterlagen werden im Januar der SGD Süd vorgelegt. Diese wird nach Prüfung eine erneute Offenlage der Unterlagen, bei denen es Änderungen gab, voraussichtlich Ende des ersten Quartals 2020 durchführen. Danach gibt es einen Erörterungstermin und im Anschluss daran erwarten wir die Genehmigung.“ rik

→ Das rund 1,7 Hektar große Auwäldchen am östlichen Rand der geplanten Deponieerweiterung kann erhalten bleiben. Foto: Stadt Ludwigshafen

